

ühne  
abends  
en  
ungen  
v. Scholz  
bends  
be  
on Schiller  
Vorverkauf  
Abendkasse  
halten ihre  
er Teil  
er.  
r  
anz  
r t  
ber 1926  
Tanz  
ger,  
Schrafft,  
on statt.  
gangstüren  
eingeladen.  
tritt.  
fee  
ebrannt  
Sernspr.  
Nr. 120  
Rehe  
ildpret-  
lfstraße.  
erein Calw  
et. Abtig.  
den 5. Nov.,  
er beginnen die  
stfindenden  
bende in  
alle.  
scheinen, zahl  
elmäßige Be  
erwartet.  
er Aussch.  
tanden  
Son  
150 Str.  
it billigst  
n Dreiß  
lw.

**Erscheinungsweise:**  
Täglich mit Ausnahme  
der Sonn- und Festtage

**Anzeigenpreis:**  
a) im Anzeigenteil:  
die Seite 15 Goldpfennige  
b) im Reklameteil:  
die Seite 50 Goldpfennige

Auf Sammelanzeigen  
kommen 50% Zuschlag

Für Platzvorschriften  
kann keine Gewähr  
übernommen werden

Gerichtsstanz für beide Teile  
ist Calw.



**Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.**

**Bezugspreis:**  
In der Stadt 40 Goldpfennige  
möglicherweise mit Trägerlohn  
Post-Bezugspreis 40 Gold-  
pfennige ohne Bestellgeld

Schluss der Anzeigen-  
annahme 8 Uhr vormittags

In Fällen höherer Gewalt  
besteht kein Anspruch auf Lieferung  
der Zeitung oder auf Rückzahlung  
des Bezugspreises

Fernsprecher Nr. 9

Verantwortl. Schriftleitung:  
Friedrich Hans Scheele  
Druck und Verlag  
der A. Oelschläger'schen  
Buchdruckerei.

Nr. 258

Donnerstag, 4. November 1926.

101. Jahrgang

# Zusammentritt des Reichsparlaments.

## Die Einteilung der Arbeit.

200 Gesetzentwürfe — 100 Initiativanträge — einige Duzend Interpellationen.

Berlin, 4. Nov. Der Reichstag hat am Mittwoch bei guter Besetzung seine Beratungen wieder aufgenommen, aber eigentlich nur Regularien erledigt. Die Sitzung wurde zum großen Teil durch eine Geschäftsordnungsdebatte ausgefüllt, in der der Versuch gemacht wurde, über die nächsten Dispositionen Klarheit zu gewinnen. Das ist notwendig, aber nicht ganz einfach bei einem Stand von mehr als 200 Gesetzentwürfen, mehr als 100 Initiativanträgen und einigen Duzend Interpellationen. Vorläufig hat der Präsident den guten Willen, etwas System in die Beratungen zu bringen und vor allem energisch gegen neue Standale durchzugreifen. Es war ursprünglich daran gedacht worden, die Sitzungen auf die Mittagsstunde zu verlegen und den Nachmittag und den Abend für Ausschüsse und Fraktionen freizulassen. Um eine Kollision mit dem preussischen Abgeordnetenhaus zu vermeiden, wird aber vermutlich die Regelung so getroffen, daß der Vormittag für die Ausschüsse frei bleibt, die bis 1 Uhr tagen sollen. Von 1 bis 3 Uhr soll dann Pause sein, von 3 bis 7 Uhr Plenum und abends Fraktionsitzungen. Nur am Donnerstag wird die Sitzung auf die Zeit von 2 bis 4 Uhr beschränkt. Die Herbstsession soll bis zum 17. Dezember dauern. Eine Unterbrechung wird eintreten vom 13. bis 22. November und vom 4. bis 8. Dezember. Die Weihnachtsferien dauern bis zum 12. Januar, nur der Hauptauschuss wird schon früher zusammentreten, um den Etatsplan reif zu machen, dessen erste Lesung noch vor Weihnachten abgehalten werden soll. Die erste Woche dient der allgemeinen Aussprache. Sozialpolitik, Außenpolitik und Finanzausgleich werden dabei im Vordergrund stehen.

## Beratungen der Reichstagsfraktionen über die Erwerbslosenfürsorge

II Berlin, 4. Nov. Den Gegenstand der Beratungen in den Fraktionsitzungen im Reichstag bildete gestern Abend in erster

Linie die Frage der Erwerbslosenfürsorge. Die Reichsregierung hat ihre Absicht bekanntgegeben, aber die ausgearbeitete Regierungsvorlage ist beim Reichstag noch nicht eingegangen.

Die Fraktion der Deutschnationalen Volkspartei nahm über diese Frage die Referate der Abg. Lambach und Dr. Rademacher entgegen. Die Deutschnationalen würden geneigt sein, auf den Boden der Regierungsvorlage zu treten, und der Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung um 10 Prozent grundsätzlich zuzustimmen. Sie haben aber gewichtige Bedenken gegen die Gesamtverteilung der verfügbaren Beträge auf die einzelnen Gruppen der Erwerbslosen. Sie sind insbesondere dagegen, daß den jüngeren und ledigen Erwerbslosen in besonderem Maße die Vorteile der Erhöhung zufallen, während die größte Not bei den älteren Arbeitern und bei den Arbeiterfamilien herrscht. Es ist daher zu erwarten, daß die Deutschnationalen eine Ausschussberatung über die Regierungsvorlage beantragen werden.

Die Sozialdemokraten werden zunächst ihre eigenen Anträge über die Erhöhung der Erwerbslosenfürsorge vertreten, überlassen aber die weitere Verfolgung der Angelegenheit ihrem Sachausschuss. Die Fraktion sieht keine Veranlassung, Beschlüsse darüber zu fassen, so lange die Mitglieder des Sachausschusses nicht einig sind. Sie wartet ferner ab, ob und welche Kompromißvorschläge noch gemacht werden können. Außerdem befaßte sich die sozialdemokratische Fraktion mit der Frage des Achtfundentages sowie mit der Frage der Fürsorgeabfindung, für die sie bekanntlich einen eigenen Antrag eingebracht hat.

Die Zentrumsfraktion stellte sich in der Erwerbslosenfrage hinter die Regierungsvorlage. Im übrigen beschloß sie, bei der Wahl eines Vizepräsidenten des Reichstages anstelle des Dr. Well das Fraktionsmitglied Esler vorzuschlagen.

Die demokratische Reichstagsfraktion beschäftigte sich mit den Fragen der Erwerbslosenfürsorge und stimmte den Vorschlägen der Reichsregierung zu. Die nächste Sitzung findet heute statt.

Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei beschäftigte sich ebenfalls mit der Erwerbslosenfürsorge, befaßte sich ihre endgültige Entscheidung aber für heute vor.

# Die Kongresswahlen in Amerika.

## Niederlage der Republikaner.

Eine Senatsmehrheit gegen Coolidge?

II New York, 4. Nov. Obwohl das endgültige Wahlergebnis noch nicht endgültig vorliegt, läßt sich doch schon eine Niederlage der Republikaner feststellen. Die Demokraten haben im Senat insgesamt 47 Sitze errungen, nach Mitteilung der Hearst-Presse sogar 48, während die Republikaner zusammen mit den Progressiven nur insgesamt 48 bzw. 47 Sitze erkämpfen konnten. Es steht hiernach bereits fest, daß die Regierung Coolidge mit großen Schwierigkeiten im Senat wird rechnen müssen, da sie nach der einen Version in der Hand der Progressiven ist, nach der anderen sogar von den Demokraten allein abhängig geworden ist. Die Progressiven sind in der Lage, sich jederzeit mit den Demokraten zu verständigen und haben damit die Entscheidung über die Regierungsvorlage. Die Regierung Coolidge hat somit im Senat keine praktische Mehrheit. Im Repräsentantenhaus haben die Demokraten, soweit feststeht, bisher 20 Sitze gewonnen. Da jedoch noch die Ergebnisse des gesamten Westens ausstehen, besteht die Möglichkeit, daß sich dieses Ergebnis noch weiter zu ihren Gunsten verschiebt. Aber selbst, wenn sie im Repräsentantenhaus keine Mehrheit erzielen sollten, würde dies nicht von entscheidender Bedeutung sein, da der Senat die ausschlaggebende Körperlichkeit darstellt. Das Wahlergebnis beweist, daß Coolidges Wiederernennung für 1928 nicht mehr in Frage kommt. Zum ersten Male ist ferner durch Abstimmung bewiesen worden, daß das amerikanische Volk die Prohibition für schädlich hält. Als weiteres wichtigstes Ergebnis ist der Stimmengewinn des Gouverneurs Smith anzusehen, der nunmehr innerhalb der demokratischen Partei darauf hinarbeiten kann, daß er 1926 als Präsidentschaftskandidat aufgestellt wird.

Der Kurs der amerikanischen Außenpolitik derselbe geblieben.

II New York, 4. Nov. Die Washingtoner Außenpolitik hat sich durch den Ausfall der Wahlen in keiner Weise geändert. Französische Pressestimmen zu dem Ausfall der amer. Wahlen.

II Paris, 4. Nov. Der Ausfall der amerikanischen Wahlen wird hier mit ziemlichem Gleichmut aufgenommen, da keine außenpolitische Frage, insbesondere nicht die hier fast ausschließlich interessierende Schuldenfrage zur Debatte stand. Die vorliegenden Ergebnisse werden vom größten Teil der Pariser Abendpresse kommentarlos wiedergegeben. Soweit sich Wahlbestimmungen daran schließen, sprechen die Blätter von einer merklichen Schluppe der Republikaner und einem Erfolg der Demokraten. „Chicago Tribune“ gibt ihrer Meinung dahin Ausdruck, daß die Republikaner den Senat verlieren, während der „New York Herald“ erklärt, daß die Republikaner die Kon-

trolle über den Senat erhielten. Die meisten Blätter stimmen darin überein, daß diese 6 republikanischen Dissidenten bei 42 Republikanern, 47 Demokraten und 1 Farmer im neuen Senat das Zünglein an der Waage bilden und daß die Regierung Coolidge sich einer schweren Aufgabe gegenüber sehe. Ausführlicher dagegen kommt der „Times“ auf die englischen Gemeindevahlen zu sprechen, deren Ausfall er als einen Protest gegen die konservative Regierung deutet. Besonders hebt das Blatt die Niederlage des Liberalismus hervor, der immer mehr der Arbeiterpartei und den Konservativen das Feld räume, was einer der beunruhigendsten Auswüchse der politischen Lage jenseits des Kanals sei.

## Keine Internationalisierung der europäischen Eisenbahnen.

II Berlin, 4. Nov. Zu der Meldung, daß bei der Tagung der Unterkommission des Völkerbundes für Verkehrsfragen von dem deutschen Vertreter vorgeschlagen worden sei, die europäischen Eisenbahnen unter Leitung des Völkerbundes im Kriegsfall zu internationalisieren, wird der Telegraphenunion authentisch mitgeteilt, daß diese Frage auf der Konferenz überhaupt nicht erörtert worden ist, sodas ein derartiger Antrag von dem deutschen Vertreter nicht gestellt werden konnte und auch nicht gestellt worden ist.

## Sitzung des Reichskabinetts.

II Berlin, 4. Nov. Das Reichskabinett beschäftigte sich in seiner gestrigen Sitzung unter anderem mit der Frage der Veranstaltung einer Weltausstellung in der Reichshauptstadt. Das Reichskabinett sah keinen Anlaß, eine Entscheidung zu treffen. Infolgedessen kommt die evtl. Bestellung eines Reichskommissars nicht in Frage, sodas die Namhaftmachung der in der Öffentlichkeit erwähnten Persönlichkeiten lediglich auf Kombinationen oder Vorschlägen beruht. In der Aussprache wurden übrigens gegen den ganzen Plan sehr erhebliche wirtschaftliche und finanzielle Bedenken laut, die sich aus der wirtschaftlichen Gesamtsituation ergeben. Ferner nahm das Reichskabinett den Vortrag des Reichsinnenministers über die Wahlreformvorlage entgegen. Die Entscheidung über die Vorlage wird in einer späteren Sitzung erfolgen. Weiterhin hat das Reichskabinett die Zuleitung der Denkschrift über den Ankauf des Hotels Kaiserhof und die Unterbringung der Reichsbehörden in Berlin an den Reichsrat und Reichstag einstimmig genehmigt. In der Denkschrift sind die sachlichen und finanziellen Vorteile, die sich für das Reich aus dem Ankauf

# Tages-Spiegel.

Der Reichstag ist gestern nachmittag zu seiner ersten Sitzung nach den Ferien zusammengetreten.

Das Reichskabinett befaßte sich gestern mit dem Wahlreformentwurf des Reichsinnenministers.

Der neue englische Botschafter in Berlin, Sir Ronald Lindsay, hat Dr. Stresemann seinen Antrittsbesuch abgestattet.

Die von der französischen Presse angekündigte Besprechung zwischen dem französischen Außenminister und dem deutschen Botschafter hat nicht stattgefunden.

Die deutsch-österreichischen Handelsvertragsverhandlungen werden auf Wunsch Oesterreichs in nächster Zeit wieder aufgenommen werden.

Die Finanzkommission der französischen Kammer hat die Kredite für Luftschiffahrt um 760 000 Franken erhöht.

In den amerikanischen Kongresswahlen sind die Republikaner unterlegen. In New York wurden die Anhänger der Prohibition mit großer Mehrheit überstimmt.

Im Zusammenhang mit den übrigen Maßnahmen ergeben, eingehend dargelegt. Die Denkschrift wird der Öffentlichkeit übergeben werden.

## Vor der Ernennung des neuen Reichspressescheffs.

II Berlin, 4. Nov. Wie die Morgenblätter erfahren, fand anschließend an die gestrige Kabinettsitzung noch ein kurzer Kabinettsrat statt, in dem die Frage der Neuernennung eines Reichs-Presse-Cheffs erörtert wurde. Der Ministerrat habe einstimmig beschlossen, dem Reichspräsidenten die Ernennung des bisherigen Direktors der Presseabteilung, Geheimrat Dr. Zechlin, zum Presseschef und Ministerialdirektor vorzuschlagen.

## Die Wahlrechtsreformvorlage.

II Berlin, 4. Nov. Ueber die wesentlichen Bestimmungen der Gesetzesvorlage zur Wahlrechtsreform erfährt der Demokratische Zeitungsdiens folgendes: Vor allem soll nach dem Entwurf künftig das Listenwahlssystem beseitigt werden. Künftig soll deshalb für jede Partei im einzelnen Wahlkreis nur 1 Vertreter kandidieren. Zu diesem Zweck bleiben die bisherigen zu groß gestalteten Wahlkreise zwar als Wahlkreisverbände erhalten, werden aber je nach ihrer Größe in mehrere oder wenige Einzelwahlkreise zerlegt. Mit der Beseitigung des Listenwahlsystems kommt natürlich auch die Reichsliste in Fortfall. Die Restsummen der einzelnen Wahlkreise werden zunächst innerhalb des zugehörigen Wahlkreisverbandes aufgerechnet und darüber hinaus dann auch in anderen Wahlkreisverbänden verrechnet werden dürfen. Der Gesetzentwurf geht darauf hinaus, möglichst weitgehend die Splitterparteien und -parteichen zu beseitigen. Zu diesem Zweck bestimmt der Reformentwurf, daß Parteien, denen es nicht gelungen ist, in einem Einzelwahlkreis mit diesem Kandidaten durchzubringen, überhaupt kein Mandatsrecht haben.

## Vor Aufhebung der Steuerverzugszuschläge?

II Berlin, 4. Nov. Nach Artikel 18 der zweiten Steuererweiterungsverordnung ist bei nicht rechtzeitiger Zahlung der wichtigsten Steuern für jeden auf den Zeitpunkt der Fälligkeit folgenden angefangenen halben Monat ein Verzugszuschlag zu entrichten, der zur Zeit noch immer dreiviertel Prozent beträgt. Wie vom Zentralverband des Deutschen Großhandels e. V. mitgeteilt wird, hat sich das Reichsfinanzministerium nunmehr zu einer alsbaldigen Beseitigung der Verzugszuschläge entschlossen, so daß in Zukunft bei nicht rechtzeitiger Zahlung lediglich Verzugszinsen zur Erhebung gelangen werden. Eine diesbezügliche Verordnung dürfte in den nächsten Tagen ergehen.

## Die Arbeitsbeschaffung in Bayern.

40 Millionen für Notstandsarbeiten in Bayern.

II München, 4. Nov. Die bayerische Regierung hat dem Landtag eine Arbeitsbeschaffungsvorlage unterbreitet, wonach zur verstärkten Durchführung von Notstandsarbeiten 40 Millionen Mark bereit gestellt werden. In der Hauptsache handelt es sich in Bayern um Straßen- und Brückenbauten und Bodenkulturunternehmungen im Gesamtwerte von 130 Mill. Mark.

## Die Lage in Syrien.

Nach dem heftigen Ausflachen der letzten Drusenaufrände scheint vorläufig in Syrien eine Periode äußerer Befriedung eingetreten zu sein, wenngleich auch dort von einer Ueberbrückung der innerpolitischen Gegensätze zwischen der französischen Regierung und den einheimischen Nationalisten noch nicht die Rede sein kann. Unter diesem Eindruck ist auch die kürzlich erfolgte Abreise des neuen französischen Oberkommissars Henri Bensot nach Beirut zu verstehen, die nach seiner eigenen Äußerung „ohne irgend ein festgelegtes Programm“ angetreten wurde, doch mit dem festen Vorsatz, die schwierige Lage in Syrien, vor die sich Frankreich in seiner Eigenschaft als Mandatarmacht zurzeit gestellt sieht, einer bestmöglichen Klärung zu unterziehen.

Abgesehen vom Hanrandistrikt, in dem zeitweilig noch immer kleinere Vandalenüberfälle geschehen, kann die militärische Situation französischerseits als „vorläufig entspannt“ und demgemäß als „zufriedenstellend“, gekennzeichnet werden. Ein beträchtliches Kontingent von Truppen, bestehend aus Franzosen und „freiwilligen“ (!) Eingeborenenformationen, sorgt für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Sicherheit im Lande. Dagegen bilden die nach wie vor ungünstigen Wirtschaftsverhältnisse weiter Gebietssteile ständig einen Nährboden für die Unzufriedenheit der einheimischen Bevölkerung. Die Frage bleibt jedenfalls offen, inwiefern sie hemmend auf den an sich schon schleppenden Gang der Unterhandlungen zwischen den französischen Behörden und den arabischen Nationalisten eingewirkt haben.

Die Inspektionsreise Bensots erhält noch dadurch eine besondere Note, daß in ihrem Verlauf auch ein eingehendes Studium der verwickeltesten Zustände vorgeesehen ist, wie sie sich zwischen den teils christlichen, teils moslemitischen Bevölkerungsschichten des Libanons und dem übrigen Syrien ergeben haben. Man erinnert sich, daß die europäischen Großmächte, nachdem Syrien im Jahre 1840 Mehemed Ali entzogen worden war, für den ja überwiegend christlichen Teil der Bevölkerung des Libanons eine eigene administrative Verwaltung eingesetzt hatten. Daraus entstand jene seltsame Doppelregierung der durch einander gewürfelten Drusen und Maroniten unter zwei Kaisern, von denen der brüssische im Süden, der maronitische im Norden die staatliche Gewalt verkörperte, bis die grausamen Drusen-Mordtaten im Jahre 1860 diesem unhaltbaren Zustand ein Ende bereiteten und die Großmächte zu abermaliger Intervention veranlaßten. Das ganze Libanongebiet wurde daraufhin als autonomes Paschalat von Syrien losgelöst und unter die Oberhoheit der europäischen Westmächte gestellt mit Ausnahme der drei Hafenstädte Beirut, Sidon und Tripolis, die weiterhin syrisch blieben.

Nach dem Sturz der nationalistischen Damaskusregierung im Jahre 1920 anerkannte Frankreich dieses Gebiet sogar als eine politische Einheit, verlieh ihm das vorwiegend christliche Beirut und Tripolis samt einigen kleineren Städten ein und bezeichnete das so entstandene Staatsgebilde als „Groß-Libanon“. Damit war eine Kette unaufhörlicher Konflikte geschaffen. Die arabischen Nationalisten von Damaskus, verstimmt über den Verlust von Beirut und Tripolis, erblickten in dieser gewaltsamen Neubildung mit Recht nur eine erweiterte Interessensphäre Frankreichs und der maronitischen Geistlichkeit, ganz zu schweigen vom Unfrieden, der unter den neuaneckierten Teilen der mohammedanischen Bevölkerung „Groß-Libanons“ um sich griff.

Mit der Einteilung des inneren Syriens in selbständige Gebilde, die ebenfalls einzelstaatlichen Charakter aufweisen, verteilte die französische Regierung einerseits den Verwaltungsapparat des Landes und bestärkte andererseits die franko-feindliche Opposition der Nationalisten in der Annahme, daß „La Grande Nation“ eine permanente Aufteilung Syriens beabsich-

tige gemäß der uralten Kolonialmaxime „Divide et impera!“ So fehlt es naturgemäß nicht an arabischen Abwehrmaßnahmen gegenüber diesem französischen Eingriff, von denen hier als eine der jüngsten nur der energische wirtschaftspolitische Zusammenschluß von Damaskus, Aleppo und mehreren kleineren Bezirken in der Umgebung Alexandrias und Antiochia genannt sei.

Herzu kommt noch eine weitere Verschärfung der Gesamtlage, indem nämlich einerseits der syrische Staat wider die Beibehaltung der Hoheitsgrenzen von Groß-Libanon protestiert und andererseits der maronitische Patriarch erst kürzlich die ausdrückliche Anerkennung der Integrität dieser Grenzen gefordert hat. Vermutlich wird die Verleugung dieses offensichtlich konfliktuellen der französischen Regierung, die ihn ja durch ihr Verhalten selbst heraufbeschworen hat, nicht ganz leicht fallen. Auch scheinen sich die bisherigen Erklärungen und Versprechungen der einzelnen französischen Oberkommissare in dieser Angelegenheit häufig unliebsam widersprochen zu haben.

Betrachtet man unter diesen Umständen die Fälle der vorhandenen Gegensätzlichkeiten, so erscheinen gegenwärtig die Grundlagen für ein gedeihliches Paktieren zwischen der französischen Regierung und den fanatischen Nationalisten Syriens schwächer denn zuvor. Und wenn der bisherige Oberkommissar de Fouvenel glauben annehmen zu dürfen, man würde die inner-syrischen Zwistigkeiten sowie die konfessionell bedingten Reibereien zwischen der mohammedanischen Bevölkerung Syriens und der christlichen des Libanons einfach auf legalem Wege mittels Völkerverbundbeschlüssen aus der Welt schaffen können, befand er sich im Irrtum. Denn die nationalistischen Parteien haben sich in ihren Manifesten — erinnert sei an das des Jahres 1920, welches die Oberhoheit Syriens selbst auf Sizilien, Teile von Palästina und das ägyptische Sinai auszudehnen wagte — einmütig jedwede ausländische Kontrolle über die politische und wirtschaftliche Verwaltung des Landes verboten. Dieser Protest ist mehr als eine Geste der Ohnmacht. Aus ihm spricht deutlich der Wille zur Emanzipation von der für Syrien unerträglich gewordenen französischen Bevormundung während der letzten Jahre. Und somit versteht man die Befürchtungen, die der Quai d'Orsay hinsichtlich der Lage in Syrien hegt, versteht weiterhin die Beschäftigungsvorläufe des Oberkommissars Bensot, der vorgibt, seinen verantwortungsvollen Posten „ohne jegliches Programm“ anzutreten, und endlich seinen Wunsch, die verwickelten innerpolitischen Verhältnisse Syriens und Groß-Libanons aus eigener Anschauung kennen zu lernen.

Denn noch immer bleibt das syrische Problem für Frankreich eine Frage des an der Seine so peinlich gewahrten „Prestige“ und — der Budgetbelastung.

## Kleine politische Nachrichten.

Um den Professor-Titel. Die demokratische Fraktion des preussischen Landtages hatte vor kurzem beantragt, daß künftig den leitenden Ärzten an städtischen Krankenhäusern der Professortitel verliehen werden sollte. Einer Gewährung dieses Wunsch stand das Verbot der Titelverleihung entgegen. Der Reichsminister des Innern hat nunmehr geäußert, daß er beabsichtigt, in nächster Zeit einen Gesetzentwurf über die Verleihung von Titeln in beschränktem Umfang vorzulegen, wodurch es auch wohl möglich wäre, verdienten Ärzten den Professorentitel zu verleihen.

Die Luftfahrtverhandlungen mit der Tschechoslowakei. Die Verhandlungen über einen Flugvertrag zwischen der Tschechoslowakei und Deutschland sind soweit fortgeschritten, daß konkrete Forderungen hinsichtlich der Fluglinien gestellt wurden. Es wurde zunächst über die Flugverbindung zwischen den einzelnen Flugzentren beider Staaten, hauptsächlich der großen deutschen Städte mit Prag, verhandelt, ebenso über die Errichtung regelmäßiger Fluglinien in anderen Staaten über Gebiete der beiden vertragsschließenden Staaten.

Frankreich muß zartifizieren. Wie der amtliche amerikanische Funkpruch meldet, hat der nach Paris zurückgekehrte amerikanische Botschafter Herrick von Coolidge den Auftrag bekommen, Ministerpräsident Poincaré mitzuteilen, daß Frankreich das amerikanische Schuldenabkommen unterzeichnen müsse.

Die slowakischen Volkspartei regierungsbereit. Abg. Glind veröffentlicht die Forderung seiner Partei für den Eintritt in die Regierung. Sie erstreckt sich auf Revision der Abbaugesetze, Einstellung der Kolonisierung der Slowakei durch Nichtslowaken und ähnliches. Die Regierung könne auf die Unterstützung der Slowaken rechnen, wenn diese wenigstens das Ministerium für die Slowakei erhielten.

Die bisherigen Ergebnisse der Sowjetkonferenz. Als bisheriges Ergebnis der Parteikonferenz ist festzustellen, daß weder die Politik der Sowjetregierung, noch der Komintern irgendwo geändert werden wird. Die Parteikonferenz hat bisher sämtliche Berichte der Finanzmitglieder bestätigt. Bezüglich der englischen Streikbewegung ist beschlossen worden, den Streik zu unterstützen.

Militärdienstpflicht in Persien. Wie aus Teheran gemeldet wird, ist durch ein königliches Dekret die Militärdienstpflicht mit sofortiger Wirkung eingeführt worden.

Dr. Luther in Buenos Aires. Reichsanzwiler a. D. Dr. Luther wurde vom argentinischen Minister des Innern, Gallardo im Regierungsgebäude zu einem Frühstück eingeladen, an dem auch außer dem deutschen Gesandten und Mitgliedern der deutschen Gesandtschaft sämtliche argentinischen Minister, mehrere frühere Minister, Mitglieder der Generalität und Admiralität sowie der Rektor der Universität Buenos Aires und hervorragende Vertreter des argentinischen Wirtschaftslebens und der deutschen Kolonie teilnahmen.

## Bayern und das Reich.

Der bayerische Innenminister bei Rülz.

U Berlin, 3. Nov. Auf Einladung des Reichsinnenministers Dr. Rülz war, wie die „Vossische Zeitung“ meldet, am Dienstag der bayerische Innenminister Stübel zu einer Besprechung in Berlin. In einstündiger Konferenz mit dem Reichsinnenminister wurden alle zwischen dem Reich und Bayern schwebenden Angelegenheiten besprochen, darunter auch grundsätzliche Fragen, die Verhältnisse zwischen Reich und Ländern betreffen, wie sie durch kleinere Verwaltungsreformen durch das Reichskriminalgesetz, das Reichsschuldengesetz usw. aufgeworfen werden. In der Besprechung wurde zwischen den Ministern Übereinstimmung über die Behandlung dieser Fragen herbeigeführt.

## Die Lage in Polen.

Änderung in der Wiederaufnahme der Sejmarbeiten.

U Warschau, 3. Nov. Heute steht bereits fest, daß der Sejm vorerst keine Sitzung abhalten wird. Da nach der Verfassung die Herbstsession spätestens am letzten Oktober beginnen muß, so hat sich die Regierung mit dem Sejmpräsidenten dahin geeinigt, daß der Sejm vom 3. Oktober ab als eröffnet gilt. Eine Plenarsitzung ist jedoch bis heute nicht vorgezogen; sie wird wie man annimmt, nicht vor dem 15. November stattfinden. Erst am Freitag, 15. November, wird der Termin dieser ersten Plenarsitzung amtlich bekanntgegeben werden.

Polen baut eine Handelsflotte.

U Warschau, 3. Nov. Der Handelsminister Kwiatkowski hat einen ausführlichen Plan zur Errichtung einer polnischen Handelsflotte fertiggestellt. Das Kabinett hat die hierzu nötigen Kredite bewilligt. Fünf Handelsschiffe sind bereits angekauft worden. Vertreter ausländischer Werften werden mit dem Handelsminister weitere Pläne beraten.

## Gräfin Lasbergs Enkelin.

Roman von Fr. Lehne.

12. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

„Aline tuerst dich boshäft, und die alte Gräfin wurde jetzt dunkelrot.“

„Vor allem ersuche ich dich, Yvonne, dich anständig zu betragen!“ mahnte sie. „Wem von euch soll ich nun glauben? Ich kenne dich noch zu wenig, Yvonne. Herta ist manchmal sehr wild und ungestüm — eine Lüge habe ich aber eigentlich noch nicht von ihr gehört.“ Sie wollte gerecht bleiben.

„Flehend hob Yvonne die Hände; sie zitterte am ganzen Körper.“

„Großmama, ich habe nicht gelogen!“

„Ich auch nicht, Großmama, ich habe die Wahrheit gesagt!“ rief Herta, in Schluchzen ausbrechend.

„So viel Streit und Aufregung um nichts!“ sagte Aline Brücken. „Ich finde es in hohem Grade lächerlich für ein Mädchen von Yvonne's Alter, noch mit Puppen zu spielen; da gibt es doch andere Sachen genug.“

„Ja, und dann spricht sie mit mir wie mit einem Menschen und hat sie sehr lieb; sie singt ihr etwas vor,“ fiel Herta ein.

„Und ich denke, du arbeitest und lernst, wenn du in deinem Zimmer bist — und statt dessen spielst du noch? Nun, es ist ja ganz gut, daß dir jetzt die Gelegenheit dazu genommen ist.“

Frau Aline hatte ein feines Ohr. Sie hörte aus den Worten ihrer Mutter einen erwachenden Groll gegen die Enkelin. Deshalb lenkte sie nun anscheinend mit Wohlwollen ein:

„Weißt du, Mama, allem Streit ein Ende zu machen, ich kaufe ihr eine Puppe — für alle Fälle — falls Herta wirklich die ihre zerbrochen hat.“ Sie lächelte dabei in unbeschreiblich höhnischer Weise, und Yvonne sah und begriff das wohl.

„Ich will keine Puppe von dir, nein,“ brach sie leidenschaftlich aus. Sie bebt an allen Gliedern vor grenzenloser

Aufregung und war leichenblau geworden. „Ich mag überhaupt keine Puppe wieder — aber ich lüge auch nicht!“ schrie sie fast.

Rauh faßte die Gräfin ihre Hand. Jetzt hatte sie ganz bei der Großmutter verspielt. „Endlich gibst du dich zu erkennen und zeigst deine wahre Natur. Augenblicklich gehst du hinaus und denkst darüber nach, wie man sich in Gegenwart älterer Leute zu benehmen hat. Du bleibst auf deinem Zimmer!“

„Sonst ginge sie vielleicht gleich wieder zu Großmanns, um dort mit Käsen zu spielen. Ich habe sie erst von da hergeholt,“ meinte Herta schadenstroh.

„Ah, dieser Verkehr ist mir neu. Ich werde dafür Sorge tragen, daß ihm ein Riegel vorgeschoben wird.“

Yvonne weinte nicht mehr; sie preßte die Lippen fest aufeinander und verließ das Zimmer. Draußen lehnte sie, schwer atmend, am Treppengeländer. Nun sollte ihr auch das noch genommen werden.

Die Baronin trat zu ihrer Mutter und umfaßte sie liebevoll. „Arme Mama,“ sagte sie, wenn ich Dir das hätte ersparen können.“ Dann begann sie heftig auf Herta zu schellen, die den Auftritt doch wohl „eigentlich hervorgerufen hätte.“

„Ich bitte dich, Aline, was hat Herta damit zu tun. Sei doch nicht ungerecht! Aber Yvonne — ein solch ungezügelt Wesen hätte ich nie in ihr vermutet.“

„Mama, Art läßt nicht von Art. Sie ist das Kind der Mutter — Komödiantin durch und durch! Ich habe sie längst durchschaut! Und daß sie es mit der Wahrheit nicht so genau nimmt, davon habe ich, wenn sie Herta zum Spielen besuchte, mehr als einmal Beweise bekommen. Ich wollte dich nur nicht aufregen, weil es im Grunde nur Kleinigkeiten waren. Immerhin gab es mir zu denken. Jetzt aber, nach dieser Aufregung, trinkst du ein Glas Brom, deine Nerven zu beruhigen. Ich werde mich mit Herta entfernen, damit du ganz ungestört bist!“

Baronin Aline konnte zufrieden sein. Wenn ihre Mutter je einen Funken Liebe ganz im geheimen für das Kind ihres verstorbenen Sohnes gehabt hätte — jetzt war nichts mehr davon da.

Wie zermalmt sah Yvonne auf ihrem Zimmer, die Hände krampfhaft verschlungen. „Lieber Gott, womit habe ich das verdient?“ schluchzte sie.

In den zehn Wochen, während deren sie jetzt auf Burgau war, hatte sie sich wirklich Mühe gegeben, ihres Vaters Worten nachzuleben — stets ein artiges, folgsames Kind zu sein! Aber eine solche Behandlung konnte sie nicht ertragen, und eine Lügnerin ließ sie sich nicht scheitern. Da ging sie lieber fort.

„Über wohin? Sie hatte ja niemand auf der weiten Welt. Nur Schwester Ursula. Ja, zu der wollte sie.“

Nun der Gedanke sie ergaßt, ließ er ihr keine Ruhe. Sie wollte gleich fort. Den Weg nach der Bahnstation kannte sie; er war nicht allzu weit.

Sie nahm ihr Geldtäschchen und die Photographien ihrer Eltern zu sich, setzte ihre Mühe auf, zog das Täschchen über und ging eilig und leise die Treppen hinunter. Mit einem scheuen Blick streifte sie die Tür, hinter der sie die Großmama wußte, und dann lief sie schnell hinaus.

Sie hatte erst ein Stück durch den Wald zu gehen, ehe sie die Chaussee erreichte, und das war ihr recht. Niemand sollte sie sehen. Tapfer schritt sie aus. Nur der Briefträger begegnete ihr und danach die landrätliche Equipage, deren Insassen sich befremdet nach ihr umsahen. Doch sie merkte es nicht.

Eine halbe Stunde mochte sie ungefähr gegangen sein, als sie einen Wagen hinter sich kommen hörte. Sie drehte sich um und erkannte mit ihren scharfen Augen das leichte Jagdgeschütz der Baronin Brücken. Schnell sprang sie zur Seite und suchte sich im Chausseegraben zu verbergen.

Das Herz klopfte ihr wie rasend. Hoffentlich würde man sie nicht bemerken, würde man an ihr vorbeifahren! Wo wollten sie hin? Das war doch nicht der Weg nach Bernried? Oder hatte man sie gar schon vernimmt und war auf der Suche nach ihr? Lieber aber wollte sie sterben, als zurück zu den kalten, harten Augen der Großmutter. Sie betete, daß man sie nicht entdecke — und da fiel ihr ein, daß Herta ihr gesagt, sie würden noch nach der Bahn fahren, um eine auf der Durchreise befindliche Freundin der Baronin zu begrüßen.

## Das neue württ. Gewerbesteuergesetz

Das Staatsministerium hat am Freitag dem Landtag den Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuergesetzes vom 22. August 1922 zugehen lassen. Der Kernpunkt des Entwurfs besteht in der Neufassung der Vorschriften über die Gewerbesteuer. Nach dem Gesetz von 1922 sollten die Gewerbetreibenden grundsätzlich alljährlich nach den Ergebnissen der Einkommen- oder Körperschaftsteuerveranlagung zur Gewerbesteuer herangezogen werden. Der Entwurf sieht nunmehr nach dem Wiedereintritt regelmäßiger Wirtschaftsverhältnisse als Neuerung vor, daß die Gewerbesteuer künftig nach dem Durchschnitt der für die 3 vorangegangenen Steuerabschnitte zur Einkommen- oder Körperschaftsteuer herangezogenen gewerblichen Reinerträge veranlagt werden soll. Die Vorteile der Veranlagung nach dem 3jährigen Durchschnitt, die Gleichmäßigkeit in den Veranlagungsergebnissen der einzelnen Jahre und die Verminderung allzugroßer Schwankungen sind sowohl für den Steuerläubiger (Staat und Gemeinde) als auch für den Steuerschuldner (den Gewerbetreibenden) wertvoll. Auch entspricht die Besteuerung nach dem Durchschnittsertrag eher dem engen Zusammenhang der Gewerbesteuer mit der Grundsteuer, da bei dieser der steuerbare Grundertrag den mittleren, nachhaltig erzielbaren Reinertrag des Grund und Bodens darstellen soll. Eine weitere Neuerung des Entwurfs auf dem Gebiet der Gewerbesteuer ist, daß der der Gewerbesteuer nicht unterliegende persönliche Arbeitsverdienst des Unternehmers aus dem zur Einkommensteuer veranlagten gewerblichen Reinertrag nach ein für allemal bestimmten Hundertsätzen, nicht mehr, wie 1922 vorgesehen, nach einem jährlich zu bestimmenden Maßstab ausgeschieden werden soll; die Gründe für die bisherige Regelung sind mit der Befestigung der Währung zum größten Teil weggefallen. Von den übrigen in dem Gesetzentwurf vorgeschlagenen Änderungen des Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuergesetzes ist hervorzuheben: die Neufassung der Vorschriften über die Befreiung der zu öffentlichen usw. Zwecken dienenden

Grundstücke und Gebäude, die Ausdehnung der 1922 eingeführten Gebäudesteuerfreiheit von Neubauten auch auf die in den Kalenderjahren 1927 und 1928 fertiggestellten Gebäude, endlich eine gewisse Einschränkung der durch das Gesetz von 1922 eingeführten Haftung der nicht im Eigentum des Unternehmers stehenden Teile des Betriebsvermögens für die Gewerbesteuer-schuld des Unternehmers.

## Aus Geld-, Volks- und Landwirtschaft.

### Berliner Briefkurse.

100 holl. Gulden	168,34
100 franz. Franken	13,58
100 schweiz. Franken	81,18

### Börsenbericht.

Die Börse schwächte sich am Mittwoch ab; Realisationen führten zur Kursrückgänge.

### Produktbörsen- und Marktberichte des Landwirtschaftlichen Hauptverbands Württemberg und Hohenzollern E. V.

L. C. Berliner Produktenbörse vom 3. November.

Weizen märk. 270-273; Roggen märk. 219-224; Sommergerste 220-261; Wintergerste 192-205; Hafer märk. 173 bis 193; Mais loco Berlin 201-206; Weizenmehl 36-38,75; Roggenmehl 31,75-33,75; Weizenkleie 12; Roggenkleie 11,75; Viktoriaerbsen 58-68; K. Speiserbsen 40-42; Futtererbsen 22-26; Peluschken 21-22; Ackerbohnen 21-23; Widen 25 bis 26; blaue Lupinen 13-14; gelbe 14-15; Rapsstüchen 15,60-15,80; Leinöl 20,60-20,80; Erbsenschnitzel 9,70 bis 9,90; Sojabohnen 19,30-19,60; Kartoffelstoden 23,80-24; Tendenz: ruhig.

### Heilbronner Eschlagviehmarkt.

Zufuhr: 78 Jungkinder, 15 Kühe, 65 Kälber, 160 Schweine. Erlös aus je 1 Zentner Lebendgewicht: Jungkinder 1. 53-55, 2. 48-51, Kühe 1. 28-38, 2. 20-26, Kälber 1. 80-82, 2. 75-77, Schweine 1. 80-82, 2. 77-79 M. Marktverlauf: mäßig belebt.

### Veihpreise.

Kirchheim u. L.: Farren 400-1450, Ochsen und Stiere 360-800, Kühe 240-850, Kälber 420-860, Schmalvieh 180 bis 450 M. - Ravensburg: Arbeitspferde 1000-1200, mittlere Pferde 500-600 M. - Weilsheim: Farren 400-500, Ochsen 500-700, Stiere 350-500, Kühe 200-400, Kälber 500 bis 750, Rinder 320-450, Arbeitspferde 400-700, Fohlen 700-900 M.

### Schweinepreise.

Ellwangen: Milchschweine 22-27 M. - Gammertingen: Milchschweine 22 M. - Heilbronn: Milchschweine 18-30, Läufer 40-60 M. - Lauingen: Saugschweine 15-25, Läufer 40 bis 60 M. - Ravensburg: Ferkel 16-28, Läufer 30-60 M. - Saulgau: Ferkel 20-25, Läufer 58 M. - Schwenningen: Läufer 70, Milchschweine 38 M. - Tuttlingen: Milchschweine 13-17 M. - Weilsheim: Milchschweine 22-25, Läufer 50 bis 70 M. das Stück.

### Fruchtpreise.

Ellwangen: Weizen 14,20-14,50, Dinkel 10,50, Roggen 12,40-12,60, Gerste 11,50-12,50, Hafer 8,80-9 M. - Lauingen: Weizen 14-14,50, Kernen 14,50, Gerste 12,40-12,70, Hafer 8,10-8,50 M. - Ravensburg: Korn neu 15,60-15,75, Weizen 10,25-11, Weizen 14,90-15,30, Gerste 12,40-13, Hafer 9,20-9,50 M. - Urach: Dinkel 11, Gerste 12,20, Hafer 8,60-9,50, Weizen 15-15,25 M. der Zentner.

Die örtlichen Kleinhandelspreise dürfen selbstverständlich nicht an den Börsen- und Großhandelspreisen gemessen werden, da für jene noch die sog. wirtschaftlichen Vertriebskosten in Zuschlag kommen. D. Schriftlitz.



**Neue Mischung**

**Neue Packung**

**Die Tabake des Jahrgangs 1925,**  
die im August 1926 im Orient ausfermentierten und im September in Eiswaggons an uns verladen wurden, ermöglichen es uns, unsere

**neue OBERST 5's**

in verfeinerter Qualität herauszubringen.  
Ein weiterer neuer Waldorf-Typ.  
leicht, mild, gekalkvoll!

Bereits mit unserer 6's-Cigarette, ASTOR-HAUS ist es uns gelungen, den Geschmack des modernen Rauchers zu treffen. Auch bei unserer OBERST finden Sie etwas Außergewöhnliches.

Probieren Sie die neue OBERST 5's  
Sie werden ein treuer Anhänger dieser Cigarette werden.

Waldorf-Astoria  
Cigarettenfabrik A.-G.

A. RUSCHE

Am Freitag, 5. November, nachmittags 1/2 3 Uhr im Vereinshaus (Bachsaal)

### Vortrag

von Pastor Schröder-Herrnhut über das **Böhmisch-mährische Liebeswerk.**

Alle Freunde des Gustav-Adolf-Vereins sind herzlich eingeladen.

Dehan Zeller.

### Ständiges Inzerieren bringt Erfolg

### Ev. Volksbund Calw.

Sonntag, 7. November 8 Uhr im Vereinshaussaal

### Vortrag

von Dr. Hermann Ströle, erster Geschäftsführer des Ev. Volksbunds:

**Aus dem Leben und der Arbeit des Ev. Volksbunds.**

Jedermann herzlich eingeladen.

Der Ausschuß. S. A.: Stadtpfarrer Lang.

### Im Anfertigen

Herren-, Damen- u. Knaben-Strick-Westen

empfiehlt sich

Carl Dingler, Stricker, Vorstadt 251.

## Ihre Land-Rundschaft

müssen Sie vor dem Markte noch auf die Vorteile aufmerksam machen, die sie bei ihren Einkäufen bei Ihnen finden.